
Aline Herzog, Studentin, Bassersdorf:

// Ich wähle eine zukunfts- fähige Gesellschaft. Bildungspolitische Perspektiven der SP Kanton Zürich.

Die Schweiz ist eine Wissensgesellschaft. Auf dem Rohstoff Bildung basieren unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz, unser Entwicklungspotenzial und unsere Fähigkeit, im wirtschaftlichen Wettbewerb zu bestehen, die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Wenn wir die Bausteine zu einer umfassenden Bildung nicht bereitstellen oder wenn sie nicht solide genug sind, geraten wir im internationalen Kontext ins Hintertreffen. Bildung ist für die Schweiz und ausgeprägt für Zürich als wirtschaftliches Zentrum von erstrangiger Bedeutung.

Das schweizerische System der öffentlichen Bildung ist eine demokratische Errungenschaft. Die von bürgerlichen Parteien erzwungenen Budgetkürzungen führen jedoch zu einem Leistungsabbau und bedrohen die Qualität unserer Schulen. An die Stelle öffentlicher treten private Bildungsangebote, die nur zahlungskräftige Bevölkerungsschichten nutzen können. Dann schwinden der breite Unterbau und die Humanressourcen für Spitzenleistungen in der Wissensgesellschaft. Der Wirtschaft und der Gesellschaft werden existenzielle Ressourcen vorenthalten.

Aus wirtschaftspolitischen wie sozialen Erwägungen fordern wir deshalb: Bildung muss weiterhin für alle zugänglich sein. Erhalten wir den hohen Stellenwert der öffentlichen Bildung! Investieren wir wieder in die Bildung! Schaffen wir neue Ressourcen für eine gute Bildungsqualität!

Durch Bildung müssen alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, intellektuellen Möglichkeiten und sozialer Herkunft – befähigt werden, erworbenes Wissen und Können zu nutzen, sich neues Wissen zu beschaffen, sich Herausforderungen zu stellen und sie gemeinsam mit anderen zu meistern. Jeder und jede muss die Chance für einen lebenslangen Entwicklungs- und Lernprozess erhalten.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Gleichstellung: In der Gestaltung der Lehrpläne und Lehrmittel, bei Fragen der Selektion und den Mechanismen der Berufswahl wie auch in der Gestaltung des Unterrichts auf allen Bildungsstufen ist die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne der Bundesverfassung nachhaltig umzusetzen.

Die öffentliche Schule hat auch die Aufgabe, Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Leistungsfähigkeit in der Gemeinschaft zu integrieren. Sie schafft die Basis, auf der sich Demokratie, Gemeinsinn und Solidarität herausbilden und weiter entwickeln können.

Guter Unterricht und die Vermittlung von Wissen hängen wesentlich vom Engagement und der Motivation der Lehrpersonen ab. Dem ist Rechnung zu tragen mit attraktiven Arbeitsbedingungen, unterstützenden Massnahmen und umfassenden Weiterbildungsangeboten.

Um die hier dargelegten Ziele zu erreichen braucht das Zürcher Bildungswesen Reformen. Und es braucht die dazu notwendigen Mittel zu ihrer Realisierung.

Eine Stimme für Sie. 

www.spzuerich.ch

1. Früher einschulen, später selektionieren und die Integration fördern

Die Kinder in der Schweiz werden im Vergleich zu anderen Ländern zu spät eingeschult, und der individuellen Entwicklung der Kinder wird zu wenig Rechnung getragen. Die Übergänge im Zürcher Schulsystem nehmen zu wenig Rücksicht auf den individuellen Entwicklungsstand. Die Schule ist geprägt davon, dass sie stark selektioniert und Schüler/-innen in zu verschiedene Schultypen und Sonderklassen einteilt. Diese Selektion und Separation führt allzu häufig zu gesellschaftlicher Diskriminierung. Länder, in denen integriert unterrichtet und spät selektioniert wird, erzielen erwiesenermassen bessere Lernerfolge. Diese Feststellungen gelten auch für die Oberstufe. Deren Durchlässigkeit und die Koordination des Untergymnasiums mit der Sekundarschule müssen verbessert werden. Eine Stärkung der Oberstufe ist dringend und notwendig, damit ihr Ansehen bei Eltern und Wirtschaft verbessert und der Druck auf das Untergymnasium gemildert werden kann.

Deshalb fordert die SP:

- Einführung der Grund- oder Basisstufe.
- Auch auf der Primarschulstufe sollen die herkömmlichen Jahrgangsklassen durch altersdurchmischte Lerngruppen abgelöst werden.
- Weniger Sonderklassen und Sonderschulen und weitestmögliche integrative Schulung der Kinder. Die Lehrkräfte unterrichten dabei im Team mit Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.
- Reform der Oberstufe mit dem langfristigen Ziel, alle Leistungsniveaus in einer gemeinsamen Oberstufe zu integrieren.
- Gezielte Fördermassnahmen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler und solche aus bildungsfernen Familien, um die Chancen für den Übertritt in die Berufshochschule und an weiterführende Schulen zu erhöhen.

2. Familienfreundliche Volksschule

Vergleichende Studien zeigen, dass familienergänzende Betreuung integrierend wirkt und die Schulleistungen fördert. Schülerinnen und Schüler aus Kleinfamilien erleben im intensiven Austausch mit Gleichaltrigen eine Erweiterung des Erfahrungshintergrunds. Fremdsprachige Kinder und solche aus bildungsfernen Milieus machen hier entscheidende Integrationsschritte. Familienergänzende Betreuung ist also nicht nur für allein erziehende oder doppelt berufstätige Eltern wichtig. Jedes Kind und alle Eltern sollen von Stundenplänen und Angeboten, die eine durchgehende Betreuung der Kinder ermöglichen, profitieren können.

Deshalb fordert die SP:

- Die Volksschule muss sich den heute bestehenden Familienstrukturen anpassen. Dazu gehören ausgedehnte Blockzeiten sowie Tageschulen und schulergän-

zende Betreuungsangebote mit finanziell tragbaren Elternbeiträgen.

3. Für eine neue Schulhauskultur

Lehrpersonen müssen vielfältigen, wachsenden Ansprüchen genügen und brauchen Respekt und Wertschätzung, um ihnen zu entsprechen. Um mögliche Überforderung zu vermeiden, braucht es klare Führungsstrukturen und eine intensive Zusammenarbeit im Schulhausteam. Nur so ist eine professionelle Personalentwicklung möglich. Eine «gute Schule» ist nicht allein von der Kompetenz der einzelnen Lehrperson abhängig, sondern von der Qualität der Schule als pädagogische Einheit und ihrer Bereitschaft, sich gemeinsam weiter zu entwickeln. Mit dem gezielten Aufbau einer Kultur der Geleiteten Schulen wird deren lokale und regionale Verankerung gestärkt.

Deshalb fordert die SP:

- Kantonsweite Einführung geleiteter Schulen («Teilautonome geleitete Volksschulen»).
- Vielfältige Formen der Mitsprache und der Mitwirkung für Schülerinnen, Schüler und Eltern.
- Schulbauten mit einem Raumangebot, das verschiedene Lern- und Lehrformen ermöglicht.
- Vermehrte Möglichkeit zur fachlichen Schwerpunktbildung und zum Fächerabtausch unter Lehrpersonen.

4. Kostenlose und durchlässige Ausbildung im Anschluss an die Sekundarschule

Die Wahl des Ausbildungsganges am Ende der obligatorischen Schulzeit darf kein abschliessender Entscheid fürs Leben sein. Auch im volkswirtschaftlichen Interesse müssen genügend hoch qualifizierte Berufsleute ausgebildet werden. Das Potenzial in der heranwachsenden Bevölkerung und bei den bereits Ausgebildeten wird nur richtig ausgeschöpft, wenn es vielfältige Möglichkeiten des Zugangs zu Fachhochschulen, Universitäten und Weiterbildungen gibt. Insbesondere Jugendliche aus bildungsfernen Schichten müssen aktiv in ihrer Weiterentwicklung unterstützt werden.

Für schulisch schwächere Jugendliche, junge Frauen und Fremdsprachige wird die Integration in die Berufswelt immer schwieriger. Eine gute schulische Bildung für alle Sekundarschulabgängerinnen und -abgänger ist aber zwingende Voraussetzung für die berufliche Integration und dient als Grundlage für lebenslanges Lernen.

Deshalb fordert die SP:

- Der Kanton fördert und unterstützt vielfältige Ausbildungswege mit dem Ziel, allen Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung und eine kostenlose Ausbildung zu ermöglichen.

- Schaffung von Ausbildungsgängen für Jugendliche mit geringeren intellektuellen Voraussetzungen.
- Zur Finanzierung schafft der Kanton ergänzend zu den Fonds der schweizerischen Branchenverbände einen Berufsbildungsfonds.
- Gezielte Förderung der Berufsmaturität mit Brücken zu den Hochschulen.

5. Genug Lehrstellen und innovationsfähige Berufsbildung

Die harte Konkurrenz auf den Dienstleistungs- und Produktionsmärkten und der rasche Strukturwandel führen zu einer wachsenden Knappheit an Lehrstellen. Nur eine aktive Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat kann eine weiterhin hoch stehende Berufsbildung garantieren, welche auf neue Anforderungen und technologische Entwicklungen flexibel reagiert. Der Kanton muss deshalb eine aktive und innovative Berufsbildungspolitik betreiben.

Deshalb fordert die SP:

- Unterstützung für Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Berufsfeldern (z.B. Informatik).
- Förderung von Ausbildungsverbänden zwischen Firmen und von regionalen Ausbildungszentren mit gemischten Trägerschaften.
- Anreize für Firmen, welche Lehrlingsausbildung anbieten, z.B. durch die Schaffung von Basislehrjahren.
- Institutionalisierte Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und Lehrbetrieben, um rechtzeitig dem wirtschaftlichen Wandel angepasste Ausbildungsprojekte zu entwickeln.

6. Berufs- und Mittelschulen, die selbstverantwortliches Lernen fördern

In den Lehrplänen und im Unterricht an den Berufs- und Mittelschulen wird der Vermittlung von Sozialkompetenzen (Kommunikation, Konfliktfähigkeit, Rollen und Verhalten in Gruppen) und von Selbstkompetenzen (selbstverantwortliches Lernen) noch zu wenig Beachtung geschenkt. Schulische Ausbildung soll nicht an ein bestimmtes Schulhaus und bestimmte Schulräume gebunden sein. Als Lernorte können auch Berufswelt und soziale Institutionen einbezogen werden (zum Beispiel durch mehrmonatige Berufs- und Ausbildungspraktika). In Bildungszentren können unterschiedliche Bildungsangebote und Stufen der Berufs- und Mittelschulen kooperieren und einander befruchten. Durch diese räumliche und personelle Annäherung von Bildungsgängen entsteht didaktischer, ressourcenbezogener sowie sozialer Nutzen.

Deshalb fordert die SP:

- Integration der Berufs- und Mittelschulen in Bildungszentren.

- Einsatz vielfältiger Lehr- und Lernformen, die selbstverantwortliches Lernen unterstützen.
- Die Lernorte richten sich nach den Lerninhalten, damit ein erlebnis- und erfahrungsreicheres Lernen möglich wird. Nicht immer ist das Klassenzimmer der richtige Ort für den schulischen Unterricht.
- Gezielte Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen auf Stufe der Berufs- und Mittelschulen im Sinn dieser Zielsetzungen.

7. Qualitativ hochstehende Ausbildung und obligatorische Weiterbildung für alle Lehrpersonen

Lehrkräfte, die ihre persönlichen, fachlichen und methodisch-didaktischen Kompetenzen kontinuierlich erneuern und verbessern, sind den Anforderungen einer modernen Schule besser gewachsen und eher vor Überforderung und «Burn-out» gefeit. Die Institutionen der Aus- und Weiterbildung und die Pädagogischen Hochschulen brauchen die notwendigen finanziellen und fachlichen Ressourcen für eine pädagogisch und didaktisch umfassende Erstausbildung von Lehrkräften und für ein breites Angebot an berufs- und persönlichkeitsorientierter Weiterbildung während der Berufskarriere von Lehrerinnen und Lehrern.

Deshalb fordert die SP:

- Das Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen aller Bildungsstufen wird obligatorisch erklärt und stark ausgebaut.
- Aus- und Weiterbildung orientieren sich an wissenschaftlich gestützten Qualitätsstandards der Lehrerbildung und werden konsequent daran gemessen.
- Die Pädagogischen Hochschulen müssen zu Kompetenzzentren für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen weiterentwickelt werden.

8. Schwerpunktbildung in Lehre und Forschung an den Hochschulen

Ein hohes Niveau des Hochschulstandortes ist Voraussetzung für eine prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, an verschiedenen Standorten Kleinstinstitute zu führen – weder finanziell noch aus fachlichen Gründen, weil sonst die kritische Masse, die jede Qualität braucht, nicht erreicht wird. Der Hochschulraum Schweiz – Fachhochschulen, Universitäten und ETH – braucht eine gesamtschweizerische Strategie der fachlichen Koordination und Konzentration und der Entwicklung zu einem hohen, international anerkannten Niveau. Fachbereiche, Wissen und finanzielle Ressourcen müssen besser koordiniert und – wenn nötig – konzentriert und zusammengelegt werden.

Deshalb fordert die SP:

- Der Kanton Zürich forciert an der eigenen Universität die Schwerpunktbildung in Lehre und Forschung und setzt sich für dieses Ziel in schweizerischen und interkantonalen Gremien ein.

9. Vielfältige Zugänge zur Hochschule

Bildungskarrieren werden vielfältiger und individueller. Ein chancengerechtes und zukunftsorientiertes Bildungswesen darf nicht nur die Maturität als Aufnahmeverfahren für Hochschulen zulassen. Die Schweiz muss ihr ganzes Humanpotenzial – auch einkommensschwache Bevölkerungsschichten und Zuwanderer – besser ausschöpfen. Die zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft haben einen grossen Bedarf an sehr gut ausgebildeten Menschen, der angesichts der demographischen Entwicklung (Überalterung, tiefe Geburtenzahlen) ohne besondere Anstrengungen langfristig nicht gedeckt werden kann.

Deshalb fordert die SP:

- Unterschiedliche Bildungskarrieren sollen zu einer Hochschulausbildung führen dürfen, und der Zugang aus der Berufspraxis an alle Hochschulen ist zu ermöglichen.
- Die Übergänge zwischen Fachhochschulen, Universitäten und ETH sind zu erleichtern.
- Ausreichende Hochschulstipendien für fähige Personen aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sind sicherzustellen. Eine besondere Förderung sollen qualifizierte Studierende unabhängig ihres bildungsbiografischen und sozialen Hintergrundes erhalten.

10. Verstärktes Engagement für die Weiterbildung

Einmal erworbene berufliche Qualifikationen veralten immer schneller. Ohne eine laufende Erneuerung von Wissen und Kompetenzen verliert die Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Gesellschaft ihren Wohlstand und der einzelne Beschäftigte seine Erwerbsfähigkeit. Deshalb brauchen alle Menschen in allen Phasen ihres Erwerbslebens Zugang zu bedarfs- und bedürfnisgerechten Weiterbildungsangeboten. Investitionen in die Erneuerung der Qualifikation und in die Nachqualifikation von Erwachsenen erhalten die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit der

Wirtschaft. Und sie sind sozialpolitisch lohnend, weil sie die Sozialkosten und Erwerbslosenkosten verringern.

Deshalb fordert die SP:

- Der Kanton schafft eine gesetzliche Grundlage für die Weiterbildung.
- Er stellt mehr öffentliche Mittel bereit für eine gezielte Unterstützung und für Anreizsysteme – beispielsweise Weiterbildungsfonds und Bildungsgutscheine.
- Von öffentlichen Mitteln sollen insbesondere Personen profitieren, die von Strukturänderungen in der Wirtschaft betroffen und/oder bildungsmässig benachteiligt sind, damit ihre Lebenschancen und die Erwerbsfähigkeit verbessert werden.
- Beim Zugang zu Weiterbildung sollen auch die in Erziehungs-, Berufs- und Freiwilligenarbeit informell erworbenen Qualifikationen anerkannt werden.

Für ein integratives und leistungsfähiges Bildungswesen!

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich will ein starkes, leistungsfähiges und selbstbewusstes öffentliches Bildungswesen, in dem Lernen herausgefordert wird und Lernen Freude macht. Ein Bildungswesen, das selbstständiges Handeln, Leistung, soziale und emotionale Fähigkeiten und Fertigkeiten fördert, fordert und belohnt. Ein Bildungswesen, das der heranwachsenden Generation unabhängig von Herkunft und Geschlecht Chancen für einen erfolgreichen Eintritt in das Berufsleben eröffnet und für diesen Auftrag genügend Mittel erhält. Ein Bildungswesen, das eine hohe Qualität zum Ziel hat, sich daran misst und die Qualität regelmässig überprüft – dies auch mittels Vergleichen mit anderen Bildungssystemen, mit anderen Schulen und Klassen. Wir setzen uns ein für ein Bildungswesen, das effizient und wirksam geführt wird, das den Lehrkräften in ihrer anspruchsvollen Arbeit Wertschätzung und Vertrauen entgegen bringt, von ihnen aber auch Einsatz und Leistung einfordert.

Verabschiedet durch den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich im November 2004.

Ich wähle die SP.

Ich will SP-Mitglied werden. Ich will mehr über die SP wissen.

Ich will mehr über folgendes Thema wissen: _____

Vorname: _____

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Bitte in frankiertem Couvert senden an: SP Kanton Zürich, Hallwylstrasse 29, Postfach 619, 8039 Zürich
Fax 01 241 72 42, E-Mail: spkanton@spzuerich.ch